



# Zeitung

20 Pfennig

Gründet

1704

## Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postbesonnen sind beide Ausgaben wertig: "Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage "Zeitsbilder" und "Literarische Umschau" — Mittwoch "Für Reise und Wanderung" — Donnerstag "Recht und Leben".

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt, oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, am-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen am-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein'sche Verlagsanstalt, Georg-Bernhard-Veranstalt, Redakteur: im. Agas d. Handeltale: Carl Mich. Berlin, Ullstein.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 306-308, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 204-206. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 664.

### Garanten der Republik

Von  
Georg Bernbard

Ein deutschfremder Journalist hat neulich seinen Lesern die beifolgende Rede mitgeteilt, die er nach dem Verlassen der Reichstagskammer zu machen versuchte, indem er sie mit der folgenden Stelle aus einem Roman Doljowitsch in Zusammenhang brachte: Ein Russe kommt zum Postmeister, um ein Pferd nach einer Stadt zu bestellen, in die er fahren möchte. Der Postmeister teilt ihm mit, daß nach dieser Richtung Pferde an bestimmten Tagen nicht mehr gehen. Aber, bedeutet er ihm, nach der entgegengekehrten Richtung fährt noch eine Post, "Mitföhne", sagt der Russe und nimmt das Pferd ab und reitet in die andere Richtung. Der Postmeister, der den Russe nicht mehr gehen lassen will, und allein der Ausgang der deutschen Strie zu verhindern. Der Postmeister Hindenburg läßt ihn nach Pferde nach der umgekehrten Richtung abgehen, und "Mitföhne" sagt der Reichsanwalt Marx und nimmt nach der anderen Richtung Pferde. Man kann nicht sagen, daß er bestrebt ist, die deutschen Verhältnisse nicht genau kennt, die Kritikfähigkeit ein Rätsel gewesen sei. Und für die genauen Kenner deutscher Politik war es. Sie wurde es noch mehr, als die Zeitung "Schilling" zu verzeichnen. Denn schließlich wies sie auf Grund der gemeinsamen Festen genau so gut die Große Koalition mit Demokraten und Sozialdemokraten zu machen gewesen. Nur daß man nun ihnen das Defizit der Reichsverwaltung und zu bezogen nicht ausschließlich beide zu verzeichnen. Die Zentrumspartei darf sich daher nicht wundern, wenn alle möglichen Gerüchte über die Vorgehensweise der Zentrumspartei aufkommen. Wenn man mußte schon nach Vorgängen hinter den Kulissen, haben, um sich einigermaßen klar zu machen, daß man in Zukunft wirklich der verlässlichen Selbstbestimmungsbildung der Führer einer Regierung auf Grund der Reichstagskammer nicht morgen sein sollte.

Es liegt im Wesen des parlamentarischen Systems, daß man nach links und nach rechts regiert wird. Und wo kein klares Zwischenstück, sondern die Notwendigkeit besteht, Koalitionen zu bilden, um eine regierungsfähige Mehrheit zu finden, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich die verschiedenen Parteien der Mitte und die Parteien der Rechten und der Linken mit der Entzweiung zum Zwecke des Regierens zusammenfinden. Aber die diesmalige Kritik gerade hat gezeigt, daß es in Deutschland mit den Koalitionsverhältnissen in einem Ding ist. Bei den augenblicklichen Parteiverhältnissen bildet das Zentrum eine andere Front. Es kann Koalitionen bilden und lösen. Es kann aus eigener Kraft ebenso den Deutschen Volk mit den Sozialdemokraten die Herrschaft überlassen. Das ist zweifellos ein unübliches Verhältnis. Sowohl für das parlamentarische Regieren in Deutschland überhaupt, wie auch für die Zentrumspartei selbst.

Für die Zentrumspartei liegt das Besondere, weil durch einen häufigeren Wechsel von der Art, wie sie sich bis diesmal erlaubt hat, allmählich das Vertrauen zum Zentrum sinken würde. Niemand würde es dem Zentrum verübeln, wenn es bei parlamentarischen Verhältnissen heute in Zukunft mit der Rechten, morgen in isolierten und widersprüchlichen Fragen mit der Linken vertritt. Aber der Systemwechsel bei einer dauernden Koalition würde doch schon schwerer. Und daß derzeit die Zentrumspartei heute regieren kann, ist bei einem, was man nicht sofort sieht, wenn kein genügender Grund zur persönlichen Frontänderung vorliegt. Und die daraus resultierende Gefahr einer Vertrauensminderung erweist sich ja nicht nur auf die Führer, sondern die Zentrumspartei überhaupt selbst. Und daß derzeit die Zentrumspartei heute regieren kann, ist bei einem, was man nicht sofort sieht, wenn kein genügender Grund zur persönlichen Frontänderung vorliegt. Und die daraus resultierende Gefahr einer Vertrauensminderung erweist sich ja nicht nur auf die Führer, sondern die Zentrumspartei überhaupt selbst. Und daß derzeit die Zentrumspartei heute regieren kann, ist bei einem, was man nicht sofort sieht, wenn kein genügender Grund zur persönlichen Frontänderung vorliegt. Und die daraus resultierende Gefahr einer Vertrauensminderung erweist sich ja nicht nur auf die Führer, sondern die Zentrumspartei überhaupt selbst.

## Das Kumpfkabinett ernannt Zusammenstoß Westarp — Hindenburg

Gestern abend ist die Ernennung der neuen Reichsminister durch folgende Mitteilung bekanntgegeben worden:

Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichsanwalt Dr. Marx in seinem Amte als Reichsanwalt bestätigt, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Grafenmann, den Reichsminister des Innern Dr. Braun, den Reichsminister des Reichs Dr. Schuler, sowie den Reichsminister des Reichs Dr. Carls in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den Reichsminister des Reichs und Finanzminister Dr. h. c. Kocher zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, Mitglied des Reichstags, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandsdirektor Dr. h. c. Koch, Mitglied des Reichstags, zum Reichsminister des Reichs und den Staatssekretär Dr. Schögel zum Reichsminister ernannt.

Mit der Bekräftigung der Geschäfte des Reichsministers für die letzten Geschäfte hat der Herr Reichspräsident den Reichsanwalt Dr. Marx bestätigt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Innern hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag abend ausgesetzt.

Dieser Entschluß des Reichspräsidenten, zunächst nur die Ernennung eines Kumpfkabinetts zu vollziehen und seine Übergabe bis Sonntag abend zu verschieben, ist nicht leicht gefaßt worden. Es sind ihm in Laufe des Sonntags nachmittags Verhandlungen vorgegangen, die zu einem Zusammenstoß des Reichspräsidenten mit dem Grafen Westarp geführt haben.

Nachdem man Sonnabend vormittag den Deutschnationalen mitgeteilt hatte, daß der Reichspräsident die Ernennung des von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Abg. Grafen zum Justizminister vorgezogen hätte, war Graf Westarp mit zwei anderen Vertretern der Deutschnationalen Fraktion, dem ehemaligen Minister Westarp und dem Abg. Treutwein, mit dem Reichspräsidenten erschienen. Es erfuhr ihn, seine Ablehnung des Abg. Grafen fallen zu lassen, und gingen so weit, diese Ablehnung eines von ihrer Partei vorgeschlagenen Kandidaten als "unangehörliches Verfahren" zu bezeichnen.

Als der Reichspräsident darauf die in nicht missverständlicher Weise abgelehnte, setzte der deutschnationalen Parteivorstand den Reichspräsidenten, daß man unmöglich, ohne die Fraktion zu befragen, einen neuen Kandidaten für das Justizministerium präsentieren könne.

Entschieden hoffte man, durch diese Verzögerung einen Druck auf Herrn von Hindenburg ausüben zu können. Dem Grafen Westarp wurde beauftragt, um eine nochmalige

auch gegenüber Sins für sich in Anspruch nehmen will, wenn sie selbst nur als eine Partei unter vielen gelten will, so werden die Augenblicke die häufig auch im Wahlkampf mit anderen Augen betrachtet müssen.

Die Gefahr der Entzweiung der Zentrumspartei für das parlamentarische Regieren überhaupt besteht ja schon, darin, daß sie, im weitesten Zusammenhang durch den Wandel der religiösen Weltanschauung, einen Wirtrosismus der ganzen deutschen Parteienwelt darstellt. Eigentümlich ist seine Schöpfung des deutschen Volkes im Zentrum unterworfen. Und so kommt es, daß ein klares Regieren durch eine Koalition, bei dem sich das Zentrum befindet, überhaupt nicht möglich ist. Jede Einzelaktion und auch jede Verbindung der Mittelparteien, die nach links Ansehen sucht, muß, wenn sie das Zentrum mit umfaßt, auf die Beibehaltung der liberalen Weltanschauung in allen Richtungen verzichten. Jede Koalitionswünsche durchgehen, noch ist sozialpolitische Fragen einseitig den Unternehmehrsstandpunkt vorbehalten. Das mag sozialpolitisch und naturgemäß einen gewissen dauernden Ausgleich schaffen und die Koalitionswünsche verhindern. Aber die Folge davon, daß diese Richtung sich voll ausbreiten kann, ist natürlich auch, daß die Grenzen zwischen rechts und links in Deutschland immer klarer verwischt werden, die Entzweiung der Parteien immer unläugbarer gefaßt und somit auch eine Landesentzweiung über gewisse geographische Grenzen in Deutschland verdrängt wird. Es würde erträglich sein, gewisse Ver-

hältnisse bei dem Reichspräsidenten zu erfordern, in der er eine Art Genehmigung für die mitteilende Ablehnung erteilt hätte.

Der Reichspräsident jedoch lehnte es sündig ab, den deutschnationalen Parteiführer nochmals zu empfangen. Eventuell wollte der Reichspräsident in eine neuerliche Staatsregierung der Ernennung des Kabinetts einwilligen.

Auf Vorschlag des Reichsanwalts Marx wurde dann die Ernennung des neuen Kabinetts in der Weise vollzogen, daß bereits in der getragenen Mitteilung genannten Parteiführer mit ihren Ämtern beauftragt wurden, mit Ausnahme des Justizministers.

Auch der Innenminister wurde noch nicht ernannt, weil die Rücksicht besteht, den ursprünglich als Innenminister in Aussicht genommenen Abg. Westarp zum Justizminister zu ernennen, während Innenminister der Abg. v. Bindeborn-Wildeck werden soll. Dieser hat, wie aus deutschnationalen Kreisen verlautet, es am Sonnabendmittag abgelehnt, einen Ministerposten anzunehmen. Solange er nicht durch seine Fraktion dazu aufgefordert wird. Der Reichspräsident aber soll in seiner getragenen Unterredung mit dem Reichsanwalt, in der er zunächst die vollständige Ernennung des Kabinetts erlangt, geäußert haben, er möchte es schon darauf ankommen lassen, ob Herr v. Bindeborn-Wildeck ein Fortschreiten ablehne, mit dem er betraut werde. Auf den Rat des Reichsanwalts Marx hat der Reichspräsident diese Vorgehensweise in Gemaßheit gemacht, und in der deutschnationalen Fraktion hätte der Abg. v. Bindeborn-Wildeck dadurch nicht gewonnen.

Diese ganze Fortentwicklung, mit der die Deutschnationalen auf der Beibehaltung des Abg. Grafen zum Justizminister bestanden, geht mit darauf zurück, daß Graf Westarp ein Mitglied des deutschnationalen Ausschusses der Partei ist, und daß der ganze vollständige Flügel der Deutschnationalen Partei hinter ihm steht, was angesichts der bestehenden Mehrheit des neuen Regierensblockes von Wichtigkeit ist.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion ist für Montag nachmittags 6 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Befragung der den Deutschnationalen zugehörigen Posten des Reichsministers des Innern und des Reichsjustizministers zu entscheiden.

Die Deutsche Volkspartei hat für Montag eine neue Fraktionsführungsversammlung.

Die zugunsten des Zentrums zu machen, wenn man feiner Politik wider wäre, wenn möglich also auch das Zentrum auf bestimmte Weise erklären. Dann können sie feiner durchgehen, weil sie den Bundesgenossen nicht nur den Kopf stoßen wollen, oder das Zentrum befindet sich auf der anderen Seite der Barrikade, dann können sie nicht einmal verdrängen, daß die entgegengesetzten Anschauungen eine Mehrheit bekommen.

Es ist etwaa nötig, das auszusprechen, und es ist viel leichter, daß es gerade in diesem Augenblick ausgesprochen wird, wo es ohne Widerrede gefaßt kann. Und das ist auf demokratische Weise diesmal der Fall. Wenn die Demokratische Partei befindet sich, nachdem sie sich durch die Verbindung überstanden hat, die neue Staatsregierung durch ihren Vertreter zum Bürgerdiad zu stellen, in einer Situation, wie sie sie nicht besser wünschen konnte, und wie ihre Führer sie sie nach weniger Wochen noch nicht einmal zu erörtern mochten. Und zwar gilt das für die Demokraten ebenso als Republikaner.